

Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 66 (1991)

Heft: 4

Artikel: Die weltweiten Migrationen : neue Herausforderungen für die schweizerische Sicherheitspolitik

Autor: Arbenz, Peter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-713834>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die weltweiten Migrationen – Neue Herausforderungen für die schweizerische Sicherheitspolitik

Von Brigadier Peter Arbenz, Kommandant der Grenzbrigade 6 und Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge

Ich danke der AOG für die Gelegenheit, ein paar persönliche Gedanken zur sicherheitspolitischen Herausforderung der weltweiten Migrationen entwickeln zu dürfen.

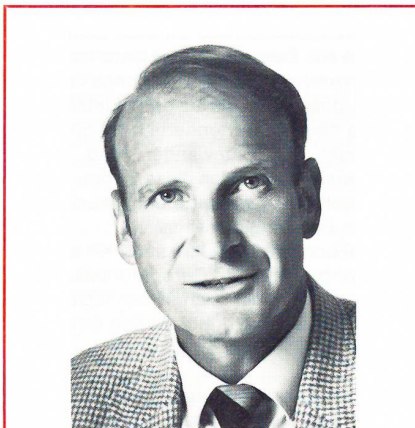
Kein geringerer als der ehemalige Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, Thorvald Stoltenberg, erklärte kürzlich, dass die weltweiten Flüchtlings- und Migrationsfragen immer mehr sicherheitspolitische Dimensionen erhielten. Die Flüchtlings- und Migrationspolitik hat nicht nur eine sicherheitspolitische Komponente, sondern die Sicherheitspolitik muss sich auch vermehrt mit flüchtlings- und migrationspolitischen Problemen auseinandersetzen.

Im jüngsten Bericht des Bundesrates zur «schweizerischen Sicherheitspolitik im Wandel» gibt es darüber einige Sätze nachzulesen. Ich zitiere: «Weltweit werden immer deutlicher andere Gefahren sichtbar, die die Existenz von Staat und Bevölkerung letztlich ebenfalls bedrohen können. Ihre Ursachen liegen in demographischen, ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen.» Und etwas später heisst es: «Im weiteren können viele dieser Gefahren, zum Beispiel die weltweite Bevölkerungsexplosion oder die globalen Klimaveränderungen, von der Schweiz nur wenig beeinflusst werden. Sie sind nur in enger internationaler Zusammenarbeit zu bewältigen.»

Schliesslich: «In Vielvölkerstaaten mit wachsenden sozialen Gegensätzen erleben nationalistische, politische, extremistische und religiös-fundamentalistische Strömungen einen zum Teil besorgniserregenden Aufschwung. In vielen Regionen der Dritten Welt wird die soziale und wirtschaftliche Entwicklung nicht nur durch begrenzte Ressourcen, Verschuldung und prekäre Umweltverhältnisse behindert, sondern auch durch militärisch eskalierende politische, religiöse oder Stammeskonflikte, die die Wirtschaft und die Umwelt zusätzlich schädigen oder zerstören. Krisenhafte Entwicklungen können Flüchtlingsströme rasch anschwellen lassen. Aufgrund der geographischen Lage und der wirtschaftlichen Attraktivität unseres Kontinentes dürfte Westeuropa für derartige Migrationen ein bevorzugtes Ziel bilden. Die wachsende ausländische Wohnbevölkerung in zahlreichen europäischen Staaten erhöht das Risiko, dass politische Konflikte zwischen verschiedenen Flüchtlingsgruppen auf dem Territorium der Gastländer gewaltsam ausgetragen werden.» Ende der Zitate. Damit sind wir mitten im Thema.

Migrationspolitische Fakten und Perspektiven unserer Erde

Wer keine Chancen hat, wirtschaftlich weiterzukommen, und auch keine Möglichkeit sieht, die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in seinem Heimatland aus eigener Kraft zu verändern, dies aber nicht einfach fatalistisch hinnehmen will, hat keine andere



CURRICULUM VITAE

Peter Arbenz, lic rer publ, HSG, geboren 1937, von Andelfingen, in Bern.

- Studium an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und an der London School of Economics, 1956 bis 1961.
- Verschiedene Aufgaben im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe mit längeren Auslandsaufenthalten in Tunesien und Nepal, 1962 bis 1969.
- Geschäftsleiter von Helvetas, Schweizer Aufbauwerk für Entwicklungsländer, 1969 bis 1973, privatwirtschaftliche Tätigkeit, 1973 bis 1977.
- Stadtrat von Winterthur, Vorsteher der Bauverwaltung, 1977 bis 1986.
- Seit 1. März 1986 Delegierter des Bundesrates für das Flüchtlingswesen, Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement, beziehungsweise seit 1. Januar 1991 Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge, EJPD, Bern.
- Brigadier, nebenamtlicher Kommandant einer Grenzbrigade.

Wahl als auszuwandern. Empirisch kann man davon ausgehen, dass etwa 10 Prozent aller Menschen, die in solchen Verhältnissen leben, tatsächlich wandlungswillig sind.

Eine grobe Hochrechnung ergibt, dass wir folglich mit einem Migrationspotential von einigen Hundert Millionen Menschen rechnen müssen. Sind die Ausreisegründe auf politische Verfolgung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse, Nationalität oder Religion oder auf eine oppositionelle politische Gesinnung zurückzuführen, so können diese Menschen in der Regel als Flüchtlinge im Sinne der internationalen Flüchtlingskonvention anerkannt werden und sich in einem sogenannten Erstasyland aufhalten oder auf Dauer niederlassen.

Sind es andere Gründe, vornehmlich wirtschaftliche, soziale oder ökologische, so handelt es sich um normale Auswanderer. Behaupten sie dennoch, Flüchtlinge zu sein, so muss zur Klärung dieser Frage ein materieller Asylentscheid getroffen werden.

Die Welt zählt heute eine **Bevölkerung** von rund 5,3 Milliarden Menschen. Bereits im Jahr

2000 dürfte die 6-Milliarden-Grenze überschritten sein. Bis zum Jahr 2025 rechnen die Prognostiker der UNO mit einer Weltbevölkerung von 8,5 Milliarden Menschen. Und nach einer gewissen Verlangsamung des Wachstums sollen die Erdenbewohner sich nach 2050 bei rund 10 Milliarden stabilisieren. Leben heute noch rund 15 Prozent der Weltbevölkerung in den Industrieländern Europas und Nordamerikas sowie in Australien und Japan, so werden sich diese Relationen in den kommenden Jahren drastisch verändern. Während sich im Norden unserer Erde die Bevölkerungszahl bereits heute schon mehr oder weniger stabilisiert hat, wachsen die Schwellen- und Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in ungebrochenem Tempo und werden die Welt bevölkerungsmässig zu 90 bis 95 Prozent dominieren. Um diese Bevölkerungsexplosion noch ein wenig zu illustrieren, erwähne ich zum Beispiel die heutige Bevölkerung Nigerias mit rund 115 Millionen Menschen, die im Jahr 2025 gegen 250 Millionen zählen dürfte, oder etwa die 65 Millionen Türken, die im Jahr 2010 bereits 90 Millionen sein könnten. Allein die Türkei benötigte heute jedes Jahr zusätzlich eine Million Arbeitsplätze. Die Dritte Welt wird damit, was die Bevölkerungsdichte anbetrifft, bald einmal gleichziehen mit den mitteleuropäischen Räumen, ohne allerdings über die Ressourcen und Energien zu verfügen, welche notwendig wären, um ein Überleben auf hohem Niveau zu ermöglichen.

Man braucht kein Hellseher zu sein, um festzustellen, dass schon allein aus **demographischen Gründen** sich der Auswanderungsdruck in den kommenden Jahren massiv verstärken und Europa vor allem das Einwanderungsziel für Menschen aus den Mittelmeeranrainerstaaten und dem nördlichen Afrika sein wird.

Umgekehrt als bei den demographischen liegen die Verhältnisse beim **wirtschaftlichen Wohlstand und der wirtschaftlichen Potenz**. Das noch auf Jahre hinaus anhaltende wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle erhält durch die Überalterung der Alten Welt einerseits und das Nachstossen der jüngsten Generation in die Dritten Welt eine zusätzliche Brisanz. In wenigen Jahren wird beispielsweise in der Schweiz der Anteil der nicht mehr Erwerbstätigen auf 16 Prozent angestiegen sein, während in der Dritten Welt rund 50 Prozent der Bevölkerung zwischen 1 und 20 Jahren alt sein wird.

Trotz jahrelanger Entwicklungszusammenarbeit auf bilateraler und multilateraler Ebene haben die Entwicklungsländer wenig Chancen, ihre wirtschaftliche Produktivität rasch zu verbessern. Denn traditionelle Agrargesellschaften können nicht in wenigen Jahren in moderne Industriegesellschaften umgewandelt werden. Es fehlen ihnen nicht nur ausgebildete Fachkräfte, sondern auch das nötige Kapital. Ihre hohe notorische Verschuldung hat trotz hoher Kapitalhilfe und Di-

rektzahlungen wegen des Schuldendienstes und Rückzahlungen zu einer Umkehr des Kapitalflusses geführt.

Die ständig steigenden Energiepreise verzehren aus allfälligen Exporten gewonnene Devisenvorräte. Die zum Teil protektionistische Aussenhandelspolitik der Industrieländer erschwert es den armen Ländern, ihre Produkte auf den internationalen Markt zu bringen. Ohne massives Entgegenkommen und umfangreichste Solidaritätsbeiträge der Industrieländer werden diese extremen wirtschaftlichen Unterschiede noch über Generationen hinweg weiterbestehen und von der wirtschaftlichen Seite her den Auswanderungsdruck verstärken. Andererseits müssen wir heute klar feststellen, dass ein **Anschluss an unser Wohlstandsniveau rein aus ökologischen Gründen nicht machbar wäre**, denn es ist schlicht undenkbar, dass weitere vier Milliarden Menschen soviel Energie und soviel Ressourcen konsumieren, wie wir heute in den Industrieländern.

Zu wenig Hoffnung geben auch die **politischen Verhältnisse** in den Entwicklungsländern Anlass. Ein kurzer Blick auf die Weltkarte zeigt uns rasch und deutlich, dass es in der südlichen Hemisphäre nur wenige politische Systeme gibt, die annähernd als demokratisch bezeichnet werden könnten. Einparteiensysteme, Clandiktaturen und Militärjungen prägen die Szene. Pluralistische Demokratien und liberale marktwirtschaftliche Verhältnisse bilden die Ausnahme. Immer noch erschüttern Stammesfehden, Konflikte um ethnische Minderheiten und Bürgerkriege diese vielgeplagten Länder. Immerhin hat hier die Neuorientierung der sowjetischen Aussenpolitik unter Gorbatschow und auch eine vermehrte amerikanische Zurückhaltung in einigen Drittwelt-Konflikten eine gewisse Entspannung gebracht.

Durch die jüngsten Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa könnte die skizzierte Süd-Nord-Migrationsproblematik durch eine massive **Ost-West-Wanderung** ergänzt werden. Wir dürfen zwar in diesen Tagen Zeugen einer gewissen Demokratisierung und Liberalisierung in den mittel- und osteuropäischen Ländern sein. Leider geht aber die wirtschaftliche Entwicklung nicht im gleichen Rhythmus einher mit der politischen. Und auch diese ist vor allem wegen noch nicht vollständig ausgestandenen Rivalitäten zwischen den alten Machträgern und neuen Technokraten und wegen neu aufflammenden Nationalitätenkonflikten äusserst labil.

Schlüsselstellungen für die Lösung der Migrationsprobleme liegen also:

- Erstens in einer besseren Beachtung der Menschenrechte in den Herkunftsländern und in einer stärkeren Beteiligung der breiten Bevölkerung an der politischen Willensbildung;
- zweitens in einer Verstärkung der wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten und in einer umfassenden Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse;
- drittens in einem kontrollierten Bevölkerungswachstum, das nur über eine bessere Erziehung und Ausbildung und über minimale wirtschaftliche Aufstiegschancen erreicht werden kann;
- viertens, und dies betrifft den Süden, den Osten wie den Norden, in einem massvolleren Umgang mit den Ressourcen, in vermehrt umweltschonenden Produktionstechniken

und einer konsequenten Sanierung ökologischer Schäden.

Wenn wir die natürlichen Lebensgrundlagen in weiten Teilen dieser Erde weiterhin zerstören, werden wir auf diesem Globus noch enger zusammenrücken müssen.

Ausmass und Zusammensetzung der heutigen Flüchtlingsbewegungen und Einwanderungen in Europa und in der Schweiz

Aus- und Einwanderungen gab es in Europa und auch in der Schweiz zu allen Zeiten. Ich verzichte aus Zeitgründen auf historische Reminiszenzen, möchte aber eingangs doch erwähnen, dass allein aus Europa im letzten und bis Mitte dieses Jahrhunderts rund 50 Millionen Menschen ausgewandert sind. In der Zwischenzeit haben sich diese Ströme umgekehrt, auch wenn es heute noch Auswanderung aus Europa gibt.

Seit 1978 und insbesondere seit 1984 sind die Asylbewerberzahlen in Europa drastisch angestiegen. Sie haben sich in den letzten vier Jahren praktisch verdreifacht und erreichten 1990 die Zahl von gegen 600 000.

In den beiden vergangenen Jahrzehnten hat die Schweiz über 140 000 Asylgesuche entgegengenommen. Knapp die Hälfte davon wurde in den letzten beiden Jahren eingereicht. Um diese Flut von individuellen Gesuchen bewältigen zu können, hat der Bundesrat im Jahre 1985 einen Delegierten für das Flüchtlingswesen eingesetzt, der eine umfassende und den gesetzlichen Anforderungen genügende Asylinfrastruktur über das ganze Land aufzubauen hatte. Im Bewusstsein, dass die Schweiz hier vor einer Daueraufgabe steht, wurde dieser neue Führungsbereich im Herbst 1990 in ein **Bundesamt für Flüchtlinge** umgewandelt.

1979 hatten die Eidgenössischen Räte ein erstes schweizerisches Asylgesetz erlassen, das am 1. Januar 1981 in Kraft trat und in der Zwischenzeit bereits dreimal revidiert wurde. Damit wurde versucht, den immer höheren Anforderungen an das Asylverfahren und den strukturellen Veränderungen der Flüchtlingsströme Rechnung zu tragen. Gleichzeitig unterstützte die Schweiz die internationalen Bestrebungen des UNO-Hochkommissars für die Flüchtlinge und intensivierte ihre internationalen Bemühungen zur besseren Bewältigung der nationalen und weltweiten Flüchtlingsprobleme.

Trotz schrittweisem Ausbau der Asylbehörden gelang es jedoch in den letzten Jahren nie mehr, mit der Zahl der eingehenden Gesuche Schritt zu halten. Die Zahl der unerledigten Gesuche stieg deshalb immer weiter an und erreichte **Ende 1990** einen Bestand von **55 000**

Offiziersausbildung

Das Ziel der Offizierserziehung ist die Bewährung als Führer im Kriege, das heisst, in jener ganz besonderen Atmosphäre der höchsten Gefahr und der äussersten Ungewissheit. Alle Führung im Frieden ist nur Übung. Sie gibt um so mehr Gelegenheit zur Bewährung, je mehr die Elemente der Gefahr und der Ungewissheit ihr eigen sind. Sie kann aber die Wirklichkeit nie erreichen, und sie wirkt unnatürlich oder selbst lächerlich, wenn sie ihr näherkommen will, als die natürlichen Gegebenheiten es erlauben.
Divisionär Edgar Schumacher (1897–1967)

Pendenzen. Je umstrittener die ganze schweizerische Asylproblematik wurde, desto mehr wurde das Verfahren verrechtlicht und damit der Vollzugsaufwand vergrössert. Mit einer Anerkennungsquote, die mittlerweile unter 5 Prozent gesunken ist, wird das individuelle Verfahren immer fragwürdiger. Dennoch kann von einem fairen individuellen Verfahren nicht abgewichen werden, solange die Schweiz ihre Asyltradition und ihre internationalen Verpflichtungen einhalten will. Die Frage stellt sich allerdings, ob wir in nächster Zukunft den hohen Standard in der Asylverfahrenspraxis aufrechterhalten können. Dabei möchte ich in Erinnerung rufen, dass die Gewährung von Asyl ein souveräner politischer Akt eines Staates ist und kein gerichtliches Anerkennungsverfahren.

Die hauptsächlichsten Herkunftsländer von Asylbewerbern waren sowohl für die übrigen europäischen Länder wie für die Schweiz die Türkei, Polen, Iran, Jugoslawien, Sri Lanka, Libanon, Indien, Pakistan, Ghana und Zaire. Insgesamt behandeln die schweizerischen Asylbehörden gegenwärtig Asylgesuche aus rund 70 verschiedenen Staaten. Die Mehrheit sind heute Moslems.

Weil keine Möglichkeit besteht, über die normale Ausländerpolitik in die Schweiz einzuwandern, ist in den letzten Jahren die illegale Einwanderung über das Asylverfahren grösser gewesen als die legale im Rahmen der Ausländerpolitik.

Gesamthaft verzeichnete die Schweiz eine Nettoeinwanderung von durchschnittlich 35 000 Menschen pro Jahr. Für deren Unterbringung hatte unser Land also jedes Jahr praktisch eine neue Stadt Schaffhausen zu bauen.

Aufgrund der sehr heterogenen Zusammensetzung der neuen Einwanderer und Flüchtlinge bilden sich in der Schweiz je länger je mehr neue ethnische Minderheiten.

Bei diesen grösseren Einwanderungen **kulturfremder Gruppen**, insbesondere von Angehörigen fundamentalistisch orientierter Religionsgemeinschaften, sind kulturelle Konflikte nicht mehr auszuschliessen. Nach bisherigen Beobachtungen entsteht dann ein allseitiger kultureller Wertzerfall. Auf der einen Seite hinterlassen die Entwurzelung und die Entfremdung immer tiefere Spuren, auf der anderen Seite entstehen bei der einheimischen Bevölkerung vermehrt Identitätskrisen. Dadurch bilden sich sowohl unter den Ausländern wie unter der einheimischen Bevölkerung neue soziale Randgruppen, die sich in der Gemeinschaft nicht mehr zu behaupten vermögen.

Neue Formen der Bedrohung im Innern

Die Schweiz hat bekanntlich mit rund 20 Prozent physisch anwesenden Ausländern eine der höchsten Ausländerquoten unter den europäischen Ländern. Da heute noch über 80 Prozent dieser Ausländer europäischer Abstammung sind und ein grosser Teil hier bereits über die Niederlassung verfügt, bildet die sogenannte Überfremdung, mindestens so lange es uns wirtschaftlich gut geht, keine nennenswerten Probleme. Mit gemessen an der Gesamtbevölkerung etwas mehr als 1 Prozent Asylbewerbern aus aussereuropäischen Staaten kann man unser Land auch noch nicht als «multiracial» oder «multicolored society» betrachten. Dennoch beginnen

die neuen Einwanderer unser Strassenbild zu verändern und schaffen da und dort Verwunderung und Ängste. Störfaktoren bilden vor allem diejenigen Gruppen, die in **unserer Gesellschaft nicht anpassungswillig** erscheinen und ihre eigenen gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Verhaltensnormen bei uns weiterpflegen wollen. Dies wird besonders spürbar, wenn sich solche Minderheiten in einzelnen Stadtquartieren konzentrieren und sich zu ghettoisieren beginnen.

In letzter Zeit kommt es immer häufiger vor, dass Flüchtlings- und Einwanderergruppen ihre im eigenen Land bestehenden Konflikte auch bei uns untereinander weiter austragen. So bekämpfen beispielsweise in Deutschland und in der Schweiz türkische Rechtsextremisten die Kurden der PKK und umgekehrt. Auch unter verschiedenen Ethnien beobachten wir zunehmende Spannungen. Libanesen und Tamilen liefern sich gegenseitig Saalschlachten. Und es vergeht praktisch kein Wochenende, da demonstriert nicht irgendeine politische Ausländergruppierung vor dem Bundeshaus oder auf den Plätzen der Grossstädte. Der Zürcher Hauptbahnhof gleicht zeitweise einem exotischen Schmelztigel verschiedenster Rassen und Nationalitäten.

Die vollständige Auslastung beziehungsweise Überlastung der gesamten Asylinfrastruktur hat uns schon oft an den Rand grösserer Obdachlosenprobleme gebracht. Um dies zu vermeiden, begannen die Kantone, die Asylbewerber vermehrt auf die Gemeinden weiterzuverteilen, die bis heute wenig auf diese Aufgaben vorbereitet waren. In den Gemeinden regt sich nun zunehmend Widerstand gegen diese neuen unvertrauten Einwohner und mehren sich auch die sozialen Konflikte.

Sofern wir zusätzlich mit einer Masseneinwanderung aus Osteuropa konfrontiert würden, dürften Bund, Kantone und Gemeinden nicht mehr in der Lage sein, die Unterbringungsverhältnisse mit ordentlichen Mitteln und Massnahmen sicherzustellen. Wir würden es hier allerdings eher mit humanitären als mit asylpolitischen Problemen zu tun haben und primär Betreuungs- und Beschäftigungsaufgaben erfüllen müssen. Die Anwesenheit von Tausenden dem Hunger, Elend und politischen Chaos entflohenen Menschen wird aber zu weiteren Belastungen führen und punktuell neue Spannungen erzeugen.

Sicherheitspolitische Folgerungen

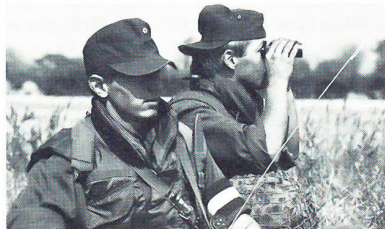
Die neuen Völkerwanderungen aus dem Süden und Osten in den Norden können sich für Europa und für die Schweiz zu neuen innenpolitischen Bedrohungen auswachsen. So könnte dadurch unser relativer sozialer Friede empfindlich gestört werden. Es dürften sich neue Fronten bilden für oder gegen mehr Ausländer, und die demokratische Willensbildung könnte insgesamt beschwerlicher werden. Diese neue Bedrohung ist selbstverständlich abhängig vom Ausmass, der Zusammensetzung und dem Rhythmus des Zustroms. Für unsere Belastbarkeit bzw. Aufnahmefähigkeit ist der innenpolitische Zustand unseres Landes, dh unsere eigene gesellschaftspolitische Verfassung und die wirtschaftliche Lage aber mitentscheidend.

Um auf neue Herausforderungen vorbereitet zu sein, **brauchen wir Informationen** und müssen diese auswerten und beurteilen können. Wir müssen also zB auch den politischen

Vom Truppeneinsatz zur Überwachung der Landesgrenzen

Von Edwin Hofstetter, Frauenfeld

Seit Anfang September 1990 sind Soldaten des Bundesheeres Österreich im Einsatz zur Sicherung der Ostgrenze gegen illegale Übertritte. Zuerst waren es 2000 Mann für die jeweilige Dauer von 4 Wochen. Mit der Ausdehnung des Assistenzeinsatzes auf die Grenze gegenüber der CSFR und Jugoslawien stieg die Zahl auf 4000. Vom September 1990 bis Januar 1991 sind 12 000 Mann aufgeboten worden. Vor dem Einsatz des Militärs überschritten täglich rund 100 Asylsuchende illegal die Grenze. Dann sank die Zahl der Aufgegriffenen auf einen Durchschnitt von 10 bis 15. Insgesamt sollen von den Soldaten in vier Monaten rund 2000 und von der Gendarmerie mit der Zollwache zusammen weitere 1100 illegal Einreisende aufgegriffen worden sein. Das wechselseitige Zusammenwirken von Heer, Zollwache und Gendarmerie funktioniert gut. Die Aufgabenbereiche sind klar geregelt. Die Zollwache ist an den offiziellen Übergängen und im benachbarten Gelände tätig. Das Militär überwacht die bevorzugten Übertrittsstellen der «grünen Grenze» und verstärkt in Teilbereichen die Zollorgane und Gendarmerie. Die motorisierten Streifen der Gendarmerie kontrollieren in der Tiefe des Grenzraumes. Im Einsatz haben die mi-



Österreichische Soldaten überwachen die «grüne Grenze».

litärischen Einheiten die Rechte und Pflichten der staatlichen Sicherheitsorgane. Die Verwendung der Schusswaffe ist ihnen nur in Notwehr oder für den Schutz von anderen Personen im Notfall gestattet. Die Mannschaften tragen das Sturmgewehr mit einem Magazin von 30 Schuss «halbgeladen». Diese Vorschriften entsprechen dem Wachdienst der schweizerischen Armee. Die Assistenztruppe ist in Bataillone, Kompanien und Züge gegliedert und verfügt über ihre eigene Einsatzstruktur. Für diesen Einsatz werden nur präsenste Grundwehrdiener und keine Milizsoldaten verwendet. Der Einsatz des Bundesheeres brachte einen Rückgang der Asylbewerber um mehrere tausend jährlich. Die Motivation der Soldaten ist gross. Die Überwachungsaufgaben unter allen Wetterbedingungen sind eine praxisbezogene Ausbildung. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung stimmt dieser Verwendung des Bundesheeres zu.

Für die Schweiz sind die Probleme gleichartig. Hingegen sind die Voraussetzungen für den Einsatz von unseren Milizsoldaten anders als die Verwendung der österreichischen Grundwehrdiener. Immerhin gibt es in unserer Armee eine grosse Zahl von Kompanien, welche die Verstärkung der Grenzzone im Rahmen des Neutralitätsschutzes schon in verschiedenen Wiederholungs- oder Ergänzungskursen geübt haben. Auch das dazu notwendige Material liegt in den Zeughäusern. Nach der Voranmeldung vom 31. Januar aus dem Bundeshaus bekam der Bürger den Eindruck, dass unsere Landesbehörde den Mut nicht aufbringe, das schon lange diskutierte und Notwendige rasch zu tun. Nun ist wenigstens die Geb Füs Kp II/92 anfangs März zur Verstärkung des Grenzwachtkorps aufgeboten worden. Die Überwachung unserer Landesgrenze ist auch ausbildungsmässig ein sinnvoller Auftrag für eine WK-Truppe und wäre eine legale Aktivdienst-Aufgabe im Rahmen unserer Sicherheit.

Nachrichtendienst gegen extremistische Ausländergruppen weiterführen können. Mit der Abschaffung der sogenannten politischen Polizei sind die Probleme jedenfalls nicht gelöst. Was wir aber primär brauchen, sind Nachrichten aus Krisengebieten, damit wir frühzeitig neue Wanderungsströme erkennen können. Da alle anderen europäischen Staaten vor den gleichen Problemen stehen, wäre anzustreben, eine Art europäisches Frühwarnsystem aufzubauen bzw die bestehenden informellen Kontakte systematischer zu strukturieren.

Besser als abzuwarten und dann reagieren zu müssen, sind **präventive Strategien**. Wir haben also ein vehementes Eigeninteresse, uns an der friedlichen internationalen Konfliktregelung zu beteiligen. Dafür könnten wir – wie bisher aber noch vermehrt – unser eigenes Staatsgebiet für die Durchführung von Konferenzen anbieten und auch weitere Dienstleistungen erbringen.

Zu dieser vorsorglichen Langfristpolitik gehört durchaus auch unsere **Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe**, die noch stärker auf die Migrationsproblematik ausgerichtet und an politische Bedingungen (pluralistische Demokratie und demokratische Kontrolle, Beachtung der Menschenrechte) geknüpft werden müsste.

Ebenso dazu gehört eine **Menschenrechtspolitik**, die bei aller diplomatischen Höflichkeit und Gepflogenheit klare Massstäbe setzen und Forderungen aufstellen muss. Diese Menschenrechte sind nach unserer Auffassung unteilbar. Wir vergessen dabei häufig, dass es in anderen Kulturen ein anderes Menschenrechtsverständnis gibt. Zu einer wirkungsvollen Menschenrechtspolitik gehört also auch die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen und einem anderen Menschenrechtsverständnis.

Zu einer sich an ethischen Massstäben orientierenden Aussenpolitik gehört aber auch – und ich sage dies mit aller Deutlichkeit auch im Kreise einer Offiziersgesellschaft –, dass wir in Länder, die politische Konflikte gewalttätig und mit undemokratischen Mitteln austragen und damit Flüchtlingsströme auslösen, konsequent keine Waffen exportieren. Dafür könnten wir für die Beschaffung eigener Rüstungsgüter vermehrt unsere schweizerische Rüstungsindustrie berücksichtigen.

Die vorübergehende oder dauernde Anwesenheit von Tausenden von neuen Einwanderern, die nicht mehr ohne weiteres integriert werden können, stellt hohe Anforderungen an das Schweizer Volk. Emotionale Reaktionen sind wenig hilfreich, um die Verhältnisse zu entschärfen. Wir brauchen also sachliche Information und politische Auseinandersetzung mit diesem neuen Thema.

Dass die Migrationsprobleme nur noch **international angegangen** werden können, ist für die Fachleute eine Selbstverständlichkeit. Wir sollten aber nicht nur Erfahrungen und Informationen austauschen, sondern konkret **gemeinsam handeln**. So gilt es beispielsweise, im Verbund unter europäischen Aufnahmestaaten gezielt mit Herkunftsländern Programme zu entwickeln, die den Auswanderungsursachen auf den Grund gehen und auch menschenwürdige Repatriierung in Sicherheit ermöglichen. Auf multilateraler Basis können wir, ohne Verdacht zu wecken, uns in innere Angelegenheiten einzumischen, auch politische Entwicklungshilfe leisten. Hiefür

braucht es insbesondere die Mitwirkung des Sicherheitsrates der UNO, der hierfür geeigneten Sonderorganisationen und anderer weltumspannender Organisationen und Mechanismen. Es ist wohl kein Zufall, dass an der KSZE-Konferenz in Paris die Migrationsproblematik in vielen Reden und bei informellen Kontakten zur Sprache kam.

Damit wir **national** und **international handlungsfähiger** werden, müssen wir zunächst in unserem Land entsprechende Strukturen schaffen. Ich meine damit vermehrtes vernetztes Denken auf strategischer und operativer Ebene, in der Bundesverwaltung, aber auch zwischen Bund, Kantonen und Privatwirtschaft. Die Tage liegen möglicherweise nicht mehr fern, wo die reinen zivilen Strukturen und Ressourcen der Asyl-, Ausländer- und Fürsorgebehörden nicht mehr ausreichen werden, um den Zustrom von Flüchtlingen und Einwanderern zu bewältigen. Wir müssen uns deshalb geistig auch darauf vorbereiten, die **leistungsfähige Organisation des Zivilschutzes und der Armee im Verbund mit der zivilen Infrastruktur** einzusetzen. Hierfür benötigen wir zunächst integrierte Stäbe, gemeinsame Problemkataloge und Massnahmenprogramme. Im Vordergrund stehen werden hierfür nicht so sehr eine militärische Präsenz an der Grenze, sondern eher eine Verstärkung des Grenzwachtkorps mit militärischen Kräften, in erster Linie aber die Bereit-

stellung von gemischten Betreuungsformationen, die in der Lage sind, unter den Einwanderern die Nichtflüchtlinge aufzunehmen und vorübergehend sinnvoll zu beschäftigen. Sollte die Lage eskalieren, d. h., die gewalttätigen Auseinandersetzungen unter solchen Einwanderungsgruppen zunehmen und könnten die normalen polizeilichen Ordnungskräfte solche Situationen nicht mehr meistern, so müssten wir uns wohl auch mit dem Gedanken vertraut machen, diese Polizeikräfte mit geeigneten Formationen der Armee im Sinne eines Ordnungsdienstes im Innern zu verstärken.

Der neue sicherheitspolitische Bericht des Bundesrates hat die Grundlagen für alle diese neu gearteten Aufgaben geschaffen und entsprechende Optionen aufgezeigt.

Schlussbetrachtungen

Die Schweiz gehört zu den reichsten Ländern der Welt. Was wir in 700 Jahren erschaffen und erworben haben, geben wir nicht gerne leichtfertig aus der Hand. Unsere politischen Anstrengungen können in der Zukunft aber nicht mehr so sehr nach innen gerichtet sein, sondern müssen auch im Interesse des eigenen Überlebens vermehrt nach aussen gehen. Viele dieser internationalen Phänomene und die bewegenden Kräfte anderer Kulturen sind uns noch zu wenig vertraut. Die neuen Einwanderer haben uns damit aber schlagar-

tig konfrontiert und sind mit Abhalte- oder Abschottungsstrategien nicht mehr wegzudiskutieren. Auch die Besinnung auf die schweizerische Identität und die Klage um ihren Verlust führen uns nicht mehr weiter. Wir müssen deshalb die Verhältnisse und Mentalitäten in den Krisengebieten der Erde besser erforschen und zum Beispiel auch an unseren Hochschulen Afrika-, Asien- und Lateinamerika-Spezialisten und Kenner des Fundamentalismus beiziehen.

Unsere Bevölkerung muss aber auch lernen, **sich zu öffnen** und andere Menschen, die bei uns leben oder noch zu uns kommen könnten, besser zu verstehen. Und vor allem müssen wir lernen, mit nicht **sofort lösbaren Problemen** zu leben und dennoch nicht zu verzweifeln.

Je besser wir uns gedanklich und materiell vorbereiten, desto eher werden wir vor diesen neuen Herausforderungen bestehen können. Noch verfügen wir über einen geordneten und leistungsfähigen Staat und über eine loyale, rasch verfügbare und flexibel einsetzbare Armee. Sofern wir den politischen Willen dazu aufbringen und unserem Land auch in Zukunft eine Chance geben wollen, wird es uns auch gelingen, **mit Unterstützung von zivilen und militärischen Kräften unsere innen- und aussenpolitische Handlungsfreiheit zu wahren.** ☒

ZIELSCHEIBEN

WERKZEUG-MACHINEN

ZEITZÜNDER

DREHTEILE

KÜHLANLAGEN

HARTMETALL-WERKZEUGE

DIXI-GRUPPE / LE LOCLE
 42, AV. DU TECHNICUM / TEL. (039) 335 111 / TELEX 952 308 / FAX (039) 311 164